



## Anträge (Stand 23.06.2022, 12.00 Uhr)

---

Stadtratssitzung vom Donnerstag, 23. Juni 2022

### Ordnungsanträge

Nr.	Antragstellende	Antrag	Begründung
1.	Regula Bühlmann, GB/JA	Die Sitzungszeiten für die heutige Sitzung sind wie folgt anzupassen:  15:00 - 16:45 Uhr 17:00 - 19:00 Uhr 20:30 - 22:30 Uhr	Am Abend ist bloss eine halbe Stunde Sitzungspause eingeplant, was gerade für diejenigen, die am Mittag noch PVS-Sitzung haben und am Morgen arbeiten, sehr kurz ist. Wir schlagen deshalb alternativ eine Anpassung der Sitzungszeiten vor. Die Verschiebung der Sitzungszeiten ist mit den Fraktionen, dem Stadratspräsidenten sowie dem Ratssekretariat abgesprochen.
2.	Stadratspräsident	Konsultativabstimmung zu den Sitzungszeiten vom 7. Juli 2022:  Die Sitzungszeiten vom 23.06.2022 werden wie folgt angepasst: 15:00 - 16:45 Uhr 17:00 - 19:00 Uhr 20:30 - 22:30 Uhr	Gemäss Sitzungsplanung findet die Sitzung vom 7. Juli 2022 wie folgt statt: 15:00 - 16:30 Uhr 17:00 - 19:00 Uhr 19:30 - 22:00 Uhr  Die gleichen Sitzungszeiten für die Sitzung vom 23. Juni 2022 sollen verschoben werden. Der Stadratspräsident möchte daher im Rahmen einer konsultativen Abstimmung hören, ob auch die Sitzungszeiten für die Sitzung vom 7. Juli 2022 verschoben werden sollen. Er unterbreitet dem Stadtrat dazu einen Alternativvorschlag

Nr.	Antragstellende	Antrag	Begründung
3.	SVP	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Es sei auf die gemeinsame Behandlung der Traktanden 4 und 5 zu verzichten.</li> <li>2. Es sei zuerst der Jahresbericht 2021 mit den Redezeiten gemäss Verhandlungsordnung (vgl. Beschluss Fraktionspräsidienkonferenz) zu behandeln,</li> <li>3. Es sei danach die Interpellation Fraktion GFL/EVP (Marcel Wüthrich, GFL) gemäss den Redezeiten gemäss GRSR zu traktandieren.</li> </ol>	<p>Die gemeinsame Behandlung der Traktanden 4 und 5 verstösst gegen fundamentale Grundsätze des Parlamentsbetriebs und der Effizienz.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Der Stadtratspräsident kann nicht - nach Rücksprache mit den Fraktionspräsidien - eine genaue Verhandlungsordnung betreffend Jahresrechnung mit detaillierten Redezeiten erlassen und dann diese Ordnung kurz danach wieder eigenmächtig über den Haufen werfen, da er die Jahresrechnung zusammen mit der gewährten Diskussion zu komplexen Fragen der Pensionskasse traktandiert haben will.</li> <li>▪ Der behauptete Sachzusammenhang ist höchstens noch am Rande gegeben: Ein theoretischer Sachzusammenhang könnte auch mit einer Diskussion/Postulaten über fehlende Veloparkplätze oder fehlenden Autoabstellplätze oder dem kritischen Rückblick über Kulturpolitik oder einer Postulatsantwort zur Integration 2021 konstruiert werden. Auch hier bestünde ein theoretischer Bezug zum Jahresbericht des Gemeinderats. Eine solche Traktandierung wäre unvernünftig!</li> <li>▪ Die Redezeiten für die Jahresrechnung und die Redezeit für die Behandlung der Interpellation sind verschieden; sollte der Ordnungsantrag abgelehnt werden, muss sich der Ratspräsident erklären, wie der dies handhaben genau will.</li> <li>▪ Der Unterzeichnende ist grundsätzlich ein grosser Anhänger der Zusammenfassung diverser thematisch eng zusammenstehender Traktanden. Hier wird aber wieder einmal der Bogen völlig überspannt und jedes Augenmass verloren; dies zumal die Jahresrechnung ein eigenständiges Geschäft ist und nicht mit der Behandlung von parlamentarischen Vorstössen vermischt werden sollte. Es gibt auch keinen Zeitgewinn durch die</li> </ul>

Nr.	Antragstellende	Antrag	Begründung
			gemeinsame Traktandierung. Es werden einfach diverse Einzelsprecher zu Traktandum 5 sprechen müssen und die Debatte zur Jahresrechnung wird dadurch noch unstrukturierter!
4.	Bernadette Häfliger, SP	Die Motion Traktandum 12 sei auf eine spätere Sitzung zu verschieben.	Ich kann heute leider nicht an der Sitzung dabei sein.
5.	SP/JUSO	Die Traktanden 11 und 12 seien gesondert zu behandeln, da sie nur am Rande miteinander zu tun haben.	Die Motion Fraktion SP/JUSO (Bernadette Häfliger, SP): Datenschutz in der digitalen Transformation (Traktandum 12) sollte also gesondert vom Tätigkeitsbericht 2021 der Ombuds- und Datenschutzaufsichtsstelle (Traktandum 11) diskutiert werden.

#### Traktandum 13: Erneuerung Ratsinformationssystem (RIS 2.0); Projektierungskredit (2019.SR.000107)

Nr.	Antragstellende	Antrag	Begründung
1.	GLP/JGLP	Der Projektierungskredit ist um 40'000 Franken zu kürzen.	Das heutige System soll in Bezug auf seine Funktionen im Grundsatz nur ersetzt statt ausgebaut werden. Dies um ausufernden Informatikkrediten (Investition und Betrieb) vorzubeugen. Die Zielsetzungen für das Vorhaben sind zu umfassend und gehen zu weit über die heutigen Funktionen des RIS hinaus. Um dem Professionalitätsgrad des Milizparlamentes gerecht zu werden, sollen insbesondere auf die folgenden beiden Zielsetzungen auf Seite 2 des Stadtratsvortrags verzichtet oder nur optional projektiert werden: <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Tool einführen, um eine digitale Sitzungsvorbereitung zu unterstützen und die Kollaboration zwischen Ratsmitgliedern und Gremien zu ermöglichen.</li> <li>▪ Funktion einführen, um Vorstösse und Anträge digital über die Anwendung einreichen, prüfen und freigeben zu können.</li> </ul>
2.	GLP/JGLP	Eventualantrag:	Das heutige System soll in Bezug auf seine Funktionen im Grundsatz nur ersetzt statt ausgebaut

Nr.	Antragstellende	Antrag	Begründung
		<p>Die folgend gelisteten Projektteile werden sowohl in den Ausschreibungsunterlagen wie auch im Realisierungskredit separat, als Optionen ausgewiesen. So kann der Stadtrat zu gegebener Zeit entscheiden, welche Elemente er effektiv beschaffen will.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Tool einführen, um eine digitale Sitzungsvorbereitung zu unterstützen und die Kollaboration zwischen Ratsmitgliedern und Gremien zu ermöglichen.</li> <li>▪ Funktion einführen, um Vorstösse und Anträge digital über die Anwendung einreichen, prüfen und freigeben zu können.</li> </ul>	<p>werden. Die Zielsetzungen für das Vorhaben sind zu umfassend und gehen zu weit über die heutigen Funktionen des RIS hinaus. Die Erfahrungen aus dem Pilotversuch mit der mobilen Sitzungsvorbereitung über Citrix im 2021 lassen nämlich darauf schliessen, dass die Mehrheit des Stadtrates die bisherige Arbeitsform gegenüber einer noch stärker digitalisierten Form bevorzugt. Viele arbeiten weiterhin sogar mit Papier, auch wenn es sich mit den heutigen Tools bereits einfach papierlos arbeiten lässt. Von der geplanten Investition würden vermutlich zu wenige Gebrauch machen.</p>
3.	GFL/EVP	<p>Während der Businessanalyse, zwecks Neubeschaffung des RIS, soll zusätzlich zum Bedarf der Stadtratsmitglieder und des Ratssekretariats auch die Umsetzung einer modernen OGD-Schnittstelle (Open-Government-Data) geprüft werden. Bei der Prüfung sollen datenverarbeitende Stakeholder auf der Nutzer-Seite wie Hochschulen oder Analyseplattformen (z.B. smartvote oder smartmonitor) konsultiert und einbezogen werden. Ferner soll sich die Stadt Bern mit Städten austauschen, die eine moderne und gute OGD-Schnittstelle bereits umgesetzt haben (z.B. St. Gallen) und Synergien prüfen.</p>	<p>Das Open-Government-Data-Angebot der Stadt Bern ist sehr rudimentär ausgestattet - auch im Vergleich mit Städten wie Zürich und St. Gallen oder dem Bundesparlament. In der Berner Lösung sind heute viele öffentliche Informationen maschinell nicht verarbeitbar und können entsprechend weder automatisch aufbereitet noch visualisiert und der Bevölkerung niederschwellig zugänglich gemacht werden. Eine neue Open- Government-Data Schnittstelle zwecks elektronischer Aufbereitung öffentlich zugänglicher Daten für den Berner Stadtrat schafft Transparenz, vereinfacht die Vermittlung von Informationen und stärkt damit unsere Demokratie.</p>
4.	Simone Machado, GaP / Alexander Feuz, SVP	<p>Ergänzungsantrag zum Antrag, S. 4 Vortrag:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Vortrag des Büros des Stadtrats betreffend Erneuerung Ratsinformationssystem; Projektierungskredit.</li> <li>2. (neu): <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ RIS 2.0 hat zum Ziel, dass Stadtrat, Gemeinderat und die interessierte Öffentlichkeit möglichst über den gleichen Informationsstand und über die gleichen Arbeitserleichterungen verfügen. Auslagerungen in einen «geschützten</li> </ul> </li> </ol>	

Nr.	Antragstellende	Antrag	Begründung
		<p>Bereich» sind nur gestützt auf zwingendes übergeordnetes Recht zulässig.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Neben den Stadtratsunterlagen werden auch die Beschlüsse des Gemeinderates und die Traktandenlisten der Kommissionssitzungen bekanntgegeben mit der Möglichkeit, zeitlich begrenzt zu einzelnen Traktanden Vorschläge an die zuständige Kommission einzureichen.</li> <li>▪ Die publizierten Dokumente sind mit den rechtlichen Grundlagen und den weiteren zur Meinungsbildung wesentlichen Unterlagen (so weit möglich Fachliteratur, insbesondere Gutachten, historische Grundlagen u.a.) zu verlinken.</li> <li>▪ Das RIS 2.0 verfügt über ein sitzungs- und jahrgangsübergreifendes Suchprogramm.</li> <li>▪ Um kostspielige und zeitaufwendige Neuentwicklungen und Fehlerkorrekturen wie bei «Base 4 Kids» zu vermeiden, ist ein ausbaufähiges System zu wählen, das sich bereits in anderen Gemeinden oder Kantonen bewährt hat. Damit sollte es möglich sein, RIS 2.0 im Jahre 2023 zu starten.</li> </ul> <p>3. (...) 4. (...) 5. (...)</p>	